

## HINTERGRUND

**Kandidatenkarussell bei der welschen CVP**

Am Freitag entscheidet die CVP des Zentral- und Unterwallis, mit welcher Strategie und welchen Köpfen sie in die Regierungswahlen 2009 steigen will.

Das Wallis wird traditionell von den C-Parteien PDC Valais romand (PDCVr), CVP Oberwallis (CVPO) und CSP Oberwallis (CSPO) dominiert. Sie stellen in Regierung und Parlament die absolute Mehrheit. Ange-sichts dieser Dominanz kommt der parteiinternen Kandidatenkür eine umso wichtigere Rolle zu. Spannend präsentiert sich die Ausgangslage diesmal vor allem im französisch-sprachigen Kantonsteil. Während sich die beiden Oberwalliser Thomas Burgener (SP) und Jean-Michel Cina (CVPO) sowie der FDP-Mann Claude Roch im Frühjahr 2009 mit guten Aussichten der Wiederwahl stellen, treten die bisherigen Vertreter der welschen CVP, Jean-René Fournier und Jean-Jacques Rey-Bellet, nicht mehr an.

Seit Monaten dreht sich deshalb zwischen Siders an der Sprachgrenze und Bouveret am Genfersee das Kandidatenkarussell. Besonderen Schwung bekam der Reigen, nachdem der Präsident der CVP Schweiz, Christophe Darbellay aus Martigny, Anfang März seine Ambitionen angemeldet hatte.

In den Monaten zuvor hatten sich bereits eine Reihe anderer Kandidaten in Stellung gebracht. Jaques Melly aus dem Bezirk Siders, Maurice Tornay aus dem Entremont und Nicolas Voide aus dem Bezirk Martigny. Allesamt sind ehemalige oder amtierende Grossräte. Und mit Marie-France Perruchoud-Massy will sich auch eine Frau dem Wahlvolk stellen. Auch sie eine frühere Grossräatin. Würde sie gewählt, wäre sie die erste Frau überhaupt in der fünfköpfigen Walliser Regierung.

Am Freitag kommt es nun in Conthey zur parteiinternen Ausmarchung. Umstritten ist dabei nicht nur die Kandidatenfrage. Hitzige Debatten unter den erwarteten 2500 Parteimitgliedern wird bereits die Frage nach der Strategie auslösen. Soll die PDCVr mit einer kompakten Zweierliste antreten oder dem Volk eine offene Liste mit bis zu fünf Wahl-Vorschlägen präsentieren? Während der konservative Parteiflügel die erste Variante favorisiert, bevorzugen Anhänger der Frauenkandidatur die offene Liste.

Thomas Zimmermann

## GASTKOMMENTAR

**Talschaftsgemeinden – Modell der Zukunft?**

Am vergangenen Freitag haben sich die fünf Bergeller Gemeinden deutlich für eine gemeinsame Zukunft im Tal entschieden. Mit dem bemerkenswerten Wiedererwägungsscheid der Gemein-

wieder von der Gemeindeversammlung gefällt. Häufig werden mit Talfusionen auch wirtschaftliche bzw. touristische Einzugsgebiete am besten berücksichtigt. Im Idealfall entsprechen die Grenzen der neuen Talschaftsgemeinde auch den historisch gewachsenen Strukturen des Kreises. Dies ist sowohl im Münstertal als auch im Bergell der Fall.

Die Gegenargumente gegen Gemeindefusionen kommen «aus dem Herzen» und haben viel mit Heimat und Identität zu tun. In kleinen Gemeinden wie Lü ist die Verwurzelung und die Identifikation mit der Gemeinde besonders ausgeprägt. Der Name, das Wappen sind wichtig. Dies aufzugeben ist ein Verlust, den es zu kompensieren gilt. Hier ist die Talgemeinde gefordert. Sie muss meines Erachtens dafür sorgen, dass auch in den kleinen, ländlichen Fraktionen der Gemeinschaftssinn bestehen bleibt, wo dies die Privatinitiative nicht mehr zu stande bringt.

Die Gemeindefusionen haben sich in den letzten zehn Jahren vom Tabuthema zum Modewort entwickelt. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht machen im Kanton Graubünden vor allem Talfusionen Sinn, wie sie im Münstertal und im Bergell erstmals beschlossen worden sind. Damit können am meisten Gemeinverbände aufgelöst werden. Dadurch braucht es weniger Delegierte, und die wichtigen Entscheide werden

sinnvoll, der Fraktion gleichzeitig eigene Rechtspersönlichkeit zuzugestehen. Dadurch würden viele Fusionseffekte verpuffen.

Um Erfahrungen zu sammeln, wird es interessant sein, die Entwicklung im Kanton Glarus zu beobachten. Dort werden im Jahr 2011 nur noch drei Gemeinden bestehen. Die Gemeinde Glarus Süd ist aufgrund der Geografie mit den ländlichen

Gebieten unseres Kantons vergleichbar. Sie vereinigt 13 politische Gemeinden und insgesamt ca. 10 000 Einwohner. Sie wird mit 430 km<sup>2</sup> die grösste Schweizer Gemeinde werden. Die beiden äussersten Ge-

meinden, Elm und Linthal, liegen gut 30 km auseinander. Um die ursprüngliche Gemeinschaft am Leben zu erhalten und um die lokalen Interessen zu vertreten, hat beispielsweise die Gemeinde Betschwanden einen privaten Dorfverein gegründet.

Es wäre nicht richtig, wenn eine einzige kleine Gemeinde bzw. eine einzelne Stimme ein grosses Talprojekt zu Fall bringen würde, wie dies im Fall von Lü hätte geschehen können. Vielleicht wäre es deshalb besser gewesen, im Fusionsvertrag Val Müstair eine Bestimmung aufzunehmen, die die Fusion auch ohne Lü ermöglicht hätte. Als Alternative steht dem Kanton im Gemeindegesetz ein Zwangsartikel zur Verfügung. Nach bündnerischem Recht sind zwei Situationen denkbar, in denen es zu einer Zwangsfusion kommen

kann: Die Gemeinde kann den gesetzlichen Anforderungen nicht genügen und ihre Aufgaben nicht erfüllen, oder ihr Mitwirken ist in einem Fusionsprojekt erforderlich. Zwangsfusionen widersprechen der ausgeprägten Bündner Gemeindeautonomie!

Lü hat den richtigen Weg vorgezeichnet, ist der möglichen Diskussion um Zwangsfusionen zuvorgekommen und hat sich für eine Wiedererwägung entschieden. Die Ausgangslage für Lü war bei der zweiten Abstimmung aufgrund der grossen Ja-Mehrheit im restlichen Tal stark verändert, was den Eindruck der Zwängerei, welcher da und dort aufgekommen ist, in den Hintergrund rücken muss. Damit ist die Legitima-

”

**Zwangsfusionen widersprechen der Bündner Gemeindeautonomie**

”



Ursin Fetz

”  
Gemeindefusionen:  
vom  
Tabuthema zum  
Modewort  
”

de Lü wurde die Talfusion Val Müstair bereits Ende April gutgeheissen. Sind Talschaftsgemeinden ein Modell für die Zukunft?

Bis zum 1. Januar 2008 ist die Zahl der Gemeinden im Kanton Graubünden auf 203 gesunken. Bereits beschlossen, aber noch nicht in Kraft, sind die Fusionen im Ausserdomleschg (Tomils), Andeer-Clugin-Pignia, Wiesen mit Davos, Surcuolm mit Flond sowie eben das Münstertal und das Bergell. Angekündigt ist zudem die Abstimmung zwischen Tschiertschen und Praden (22.8.).

Gemeindefusionen haben sich in den letzten zehn Jahren vom Tabuthema zum Modewort entwickelt. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht machen im Kanton Graubünden vor allem Talfusionen Sinn, wie sie im Münstertal und im Bergell erstmals beschlossen worden sind. Damit können am meisten Gemeinverbände aufgelöst werden. Dadurch braucht es weniger Delegierte, und die wichtigen Entscheide werden

tion des Münstertaler Entscheides verstärkt worden, ähnlich wie es auch im Kanton Glarus durch den nochmaligen Entscheid der Landsgemeinde zum Glarner Fusionsprojekt geschehen ist.

Talfusionen sind sinnvoll, sofern es gelingt, die ursprünglichen Gemeinschaften zu erhalten. Hier muss die neue Gemeinde mithelfen, wo die Privatinitiative nicht ausreicht.

Ursin Fetz, lic. iur., Rechtsanwalt, leitet das Zentrum für Verwaltungsmanagement der HTW Chur. Zurzeit betreut er die Projekte Andeer-Clugin-Pignia und Wildhaus/Alt St. Johann.

## Brennpunkt

**EU-Reformvertrag – das neue EU-Fundament**

**Falls der EU-Reformvertrag in Kraft tritt, ändert sich auch für die Schweiz einiges.**

**So entscheiden die EU-Staaten dann über viele Neuerungen mit qualifizierter Mehrheit – das Schmieden von Allianzen wird somit aufwendiger.**

Die Schweiz hat im Gemischten Schengenausschuss Mitsprache, nicht aber Mitbestimmung. Bisher reicht es aus, einige wenige EU-Partner von Änderungen, die der Schweiz wichtig sind, zu überzeugen. «Mit dem Vertrag von Lissabon werden wir häufiger breitere Allianzen suchen müssen», sagt Hanspeter Mock, Sprecher der Schweizer Mission in Brüssel.

Zudem hat das EU-Parlament künftig häufiger ein Mitbestimmungsrecht – und im EU-Parlament kann die Schweiz überhaupt



Ein Motorradfahrer fährt an einem Ortsschild des luxemburgischen Dorfes Schengen vorbei.

arbeit» der Polizeien laut EU-Vertrag im bisherigen Entscheidungsmodus. Darunter gehört laut Schweizer Interpretation auch die so genannte Nacheile. Dies ist relevant, weil sich die Schweiz (wie auch etwa Grossbritannien) für die doppelte Strafbarkeit wehrt.

Der neue EU-Reformvertrag sieht im Schengenbereich künftig keine verstärkte Zusammenarbeit mehr vor. Das Vorpreschen einer Gruppe von EU-Staaten mit zusätzlichen Vereinbarungen ist somit nicht mehr möglich. Damit soll ein Auseinanderklaffen der Schengenregeln verhindert werden.

Dies könnte laut Diplomaten jedoch auch dazu führen, dass die Europäische Union zunehmend Neuerungen in diesem Themenbereich ausserhalb Schengen einführt – mit dem Vorteil, dass die Schweiz ihre Gesetze ändern müssen. Doch nicht überall werden die Modalitäten geändert. So bleibt die «operative Zusammen-

fungshaft den einzelnen Staaten zu überlassen, pochte das EU-Parlament auf eine Beschränkung auf 18 Monate. Nun wird, falls der Kompromiss durchkommt, auch die Schweiz ihre Gesetze ändern müssen. Doch nicht überall werden die Modalitäten geändert. So bleibt die «operative Zusammen-